

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerbevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis
1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere
bis zu 5 Exemplaren direkt unter
einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr.
Oesterr. Währung.

Expedition: N.V. Bandelstr. 41 bei
A. Münchow. Alle Postanstalten
und Zeitungs-Expeditionen nehmen
Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

Generalrath.

Insertionsgebühr für die gewöhn-
liche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr.
Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. =
9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung von Offerten unter
Chiffre durch die Redaktion resp.
Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr.
Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Benz,
NW. Stromstraße 48.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 26.

Berlin, den 25. Juni 1886.

Dreizehnter Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Aufforderung!

Die Ortskassirer von Breitenbach und Gräfenenthal werden
aufgefordert, die Abschlässe pro 1. Quartal 1886 sofort an den Unter-
zeichneten einzuschicken.

A. Münchow,
Hauptkassirer.

Vom Verbandszuge.

II. (Schluß.)

Am 16. Juni früh 9 Uhr wurde die erste und Hauptversammlung
eröffnet. Die Verbandsleitung ist, wie wir noch nachtragen wollen,
vertreten durch den Anwalt Hrn. Dr. Max Hirsch, Hrn. Redakteur
Balle, Verbands-Kassirer Böhm und Verbands-Kontrollleur Bez.
Zunächst wurde der Versammlung Kenntniß gegeben von den sehr
zahlreich eingegangenen Glückwunsch-Schreiben und Telegrammen von
hervorragenden Parlamentariern, anderen angesehenen Männern der
Wissenschaft, sowie Personen aller Stände. Die Englischen Gewerk-
vereine entboten den „Deutschen Brüdern“ ihre herzlichsten Grüße
und wünschten ferneres Gedeihen der friedlichen Gewerbevereinsache;
auch der Vorstand des Unterstützungsvereins Deutscher Buchbruder
sandte Glückwünsche.

Nunmehr nahm der Anwalt Hr. Dr. Max Hirsch das Wort
zu seinem Bericht über die Thätigkeit und Entwicklung der Deutschen
Gewerbevereine und des Verbandes seit dem letzten Verbandstag (1883)
in Straßburg. Wir entnehmen dem einstündigen, interessanten Bericht
das Folgende: Die Gewerbevereine sind ihrem wahren, innersten Wesen
nach Reformvereine. Ihr Ziel und ihr Streben ist, den ganzen
Arbeiterstand zum ebenbürtigen Mitwirken und Mitgenuß an der
nationalen und menschheitlichen Kultur emporzuführen und insbesondere
die Forderungen der Gerechtigkeit auch im Wirtschaftsleben zu ver-
wirklichen, darin herrscht Uebereinstimmung der ernst Denkenden, daß
die tiefste Wurzel der sozialen Frage und damit zugleich der immer
wachsenden Verbitterung und Feindseligkeit nirgend anders liegt,
als in dem Widerspruch zwischen den Sittengeboten der Freiheit,
Gleichheit, Gerechtigkeit, der Entwicklung aller Anlagen zur harmo-
nischen Weltanschauung auf der einen, und dem Schicksal der Massen
und der leidlich geistigen Verblödung der Volksklassen auf der
anderen Seite. In der Befreiung dieses verhängnisvollen Wider-
spruchs, gerade an dem wichtigsten Punkte der inneren und äußeren
Hebung des Arbeiterstandes mitzuwirken — das ist die wahrlich
hohe und bedeutsame Kultur Aufgabe der Gewerbevereine. Der Verband
zählte Ende 1882 genau 611 Ortsvereine mit 24 500 Mitgliedern,

Ende 1885 953 Ortsvereine mit 51 000 Mitgliedern. Seitdem ist
die Zahl der Ortsvereine und der Mitglieder nicht unbeträchtlich ge-
wachsen. Eine ganze Reihe früher verschlossener Bezirke ist erobert
worden. Durch die stetige Agitation der Gewerbevereine und des Ver-
bandes, welche sich auch in Flugblättern und Brochüren kund gegeben,
herrscht in Nord und Süd frisches Leben. Bedauerlicherweise nimmt
die große Tagespresse, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, von
dieser Propaganda-Thätigkeit der gemäßigten Arbeiterorganisation nur
wenig Notiz, während im Gegentheil die sozialistischen Agitationen
Beachtung finden. Hierdurch setzt sich im Publikum die falsche und
verderbliche Ansicht fest, als ob alle Arbeiter Sozialdemokraten und
jede Arbeiterbewegung als extremsozialistische zu verurteilen sei.
Nichts sollte den staats- und volksfreundlichen Organen der öffentlichen
Meinung sympathischer sein, als die aus zahlreichen, festgegliederten
Arbeiterkreisen selbst hervorgehenden Bestrebungen, das Wohl der
Arbeiter auf gefeßlichem und friedlichem Wege, Hand in Hand mit
den Besten der andern Klassen herbeizuführen. — Redner geht dann
des Näheren auf die Arbeiter-Versicherung durch die Gewerbe-
vereine und die Regierung ein. Erstere haben die freiwillige Ver-
sicherung gegen Krankheit, Invalidität u. schon seit 18 Jahren durch-
geführt, letztere glaubt neuerdings durch eine nothdürftige Versicherung,
mit Zwang und Bevormundung gepaart, die ganze Arbeiterfrage zu
lösen. Schwere Mühe hat es gekostet, die gefeßliche Anerkennung der
Gewerbevereins-Hilfsklassen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes
zu erlangen. Und jetzt ist man reactionärerseits wieder an der Arbeit,
durch eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz die freien Hilfsklassen
möglichst gänzlich zu unterdrücken, weil dieselben angelich den Zwangs-
klassen zu große Konkurrenz bereiten. Dies trotz den bedeutenden Unter-
nehmerzuschüssen, trotz aller Bevorzugung und Begünstigung der Be-
hörde und Arbeitgeber, trotz der ungeheuren Uebersahl der Mitglieder
der Zwangsklassen! Nichts beweist besser die fägliche Situation der
Zwangsklassen. Die Gewerbevereins-Hilfsklassen dagegen arbeiten mit
bestem Erfolge. Nach dem Jahresbericht für 1885 hatten dieselben
780 000 Mk. Einnahmen, 708 000 Mk. Ausgaben, wovon 617 000 Mk.
für Kranken- und Begräbnis-Unterstützungen, also 72 000 Mk. gleich
9^o/₁₀ Proz. Ueberschuß, und mit den Veränden von früher ein Gesamt-
vermögen von rund 895 000 Mk. gleich 8,80 Mk. pro Mitglied. Das
sind glänzende Resultate der Selbsthilfe.

In den weiteren Maßnahmen der Gewerbevereine zwecks Vollendung
der Arbeiterversicherung ist die Unterstützung für Kessende und
Arbeitslose zu zählen. Verschiedene Gewerbevereine haben diese
Unterstützung bereits durchgeführt, andere haben damit begonnen.
Binnen kurzem wird kein Gewerbeverein des Verbandes diese für die
Sicherheit, die Würde und das Gedeihen der deutschen Arbeiter
gleich dringliche Einrichtung entbehren.

Durch die weitere Fürsorge der Arbeiterkreise wollen die
Gewerbevereine so weit irgend möglich die Schädigung von Gesundheit

und Leben, von geistiger Entwicklung und sittlichem Familienleben verhalten. Hier hat auch der Staat einzugreifen, um die Unmündigen und Schwachen zu schützen. Der Schutz der erwachsenen Arbeiter ist diesen selbst und ihren Vereinigungen zu überlassen. Für die mündigen Arbeiter erstreben wir die thunlichste Abschaffung der Sonntagsarbeit und Durchführung der höchstens 10stündigen Arbeitszeit an den Wochentagen durch die Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Leider haben die diesbezüglichen Reichstagsversammlungen nur ein Mänslein, eine Resolution für Vermehrung der Fabriken-Inspektoren geboren, das dem Bundesrath noch zu groß war und keine Liebe fand. Dieser Vorgang enthält eine höchst werthvolle Lehre für alle die, welche die ganze Hoffnung der Arbeiterreform einseitig auf den Staat bauen. Die Arbeiter müssen ausschließlich ihrer eigenen Kraft zwecks Hebung ihrer Lage vertrauen.

Den Kern- und Zielpunkt der Gewerkvereine bildet die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die zuverlässigsten Statistiken ergeben Durchschnittslöhne selbst der gelernten Handwerker von 9, 8, 7, ja 6,50 M. für die ganze Woche bei durchschnittlichen täglichen Arbeitszeiten von 12, 13, ja 14 Stunden. Die amtlichen Feststellungen der ortsüblichen Tages- und Durchschnittslöhne bestätigen diese Angaben vollauf. Nicht die niedrigen Löhne und langen Arbeitszeiten bilden die Ausnahmen, sondern umgekehrt die hohen Verdienste bei kurzer Arbeitsdauer, die hauptsächlich für besonders tüchtige Kräfte in blühenden Industriezweigen gezahlt werden. Weit entfernt davon, eine künstliche oder gar gewaltthätige Verbesserung zu wollen, halten die Gewerkvereine es auch und ganz besonders für die Arbeiter notwendig, ihre Interessen im Konkurrenzkampfe des Arbeitsmarktes durch feste Vereinigungen mit allen gesetzlichen Mitteln zu wahren und hierdurch erst den freien Arbeitsvertrag zur Wahrheit zu machen.

Nachdem Redner sodann auf die Bedeutung der Gewerkvereins-Arbeitsstatistik, des Arbeitsnachweises hingewiesen, behandelt er die schwersten Mißbräuche des modernen Gewerbetreibens und die Vorkehrungen dagegen. Die Lohnbewegung anlangend, bekennt sich die in Rede stehende Organisation zu einer vernünftigen, friedlichen Richtung, und befürwortet die Stärkung des sozialen Friedens durch Einführung von Schieds- und Einigungsämtern. Redner schließt unter stürmischem Beifall mit der Mahnung, zusammenzustehen und die freie, friedliche Arbeiterorganisation zu fördern. — In einer hierauf einstimmig angenommenen Resolution sprach der Verbandstag dem Vortragenden seinen Dank für den Bericht und die mühevollen Thätigkeit im Interesse des Arbeiterstandes aus. Zugleich wurde beschlossen, den Thätigkeitsbericht als Flugblatt erscheinen zu lassen.

Der zweite Hauptpunkt der Tagesordnung betraf die wichtige Frage der Arbeitslosen-Versicherung. Der Referent, Herr General-Sekretär Wulff (Berlin), betonte einleitend, daß diese Frage durch die herrschenden Arbeitsverhältnisse gerade akut geworden. Die Gewerkvereine haben schon längere Zeit die Arbeitslosen-Versicherung gepflegt und der hier vorhandene wirtschaftliche Nothstand unter den Arbeitern könne auch nur durch freie gewerbliche Vereinigungen, wenn nicht beseitigt, so doch erheblich gemildert werden. Vor allem aber müssen die Wurzeln der Arbeitslosigkeit beseitigt und gegenüber den verschiedenen Ursachen derselben auch verschiedene Mittel zur Abhilfe gefunden werden. Dahin gehören der Ausschluß von Absatzquellen für Industrie und Handel, also Förderung des Freihandels; die Lohnaufbesserung, damit der Arbeiter in den guten Tagen einen Nothgroschen für die bösen Tage zurücklegen im Stande ist; Ueberfiedelung der Arbeitslosen nach Orten, wo Nachfrage ist, also die Freizügigkeit, Fortbildung und Vermehrung der Berufskenntnisse; Gründung von Konsumvereinen und anderen Genossenschaften, Versicherung bei Invalidität. (Beifall.) Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag erkennt an, daß die obligatorische Einführung einer Arbeitslosigkeits-Unterstützung, verbunden mit Arbeitsnachweis, in den einzelnen Gewerkvereinen eine unbedingte Nothwendigkeit bildet. Vorbedingung der Arbeitslosen-Unterstützung ist die genaue und wiederholte Erhebung über Häufigkeit und Dauer der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Berufen.“

Ueber den dritten und letzten Hauptpunkt: „Die Lohnbewegung und die Einigungsämter“ referirte Herr Redakteur Polle-Berlin. Er fixirte zunächst den Standpunkt der Wissenschaft und Praxis zur Lohnfrage. Beide erkennen an, daß ein gesunder Arbeitslohn ein Ansporn zum Fleiß ist und die Arbeitsleistung steigern macht, wogegen ein knapper, unauskömmlicher Lohn die Arbeiter körperlich, geistig und sittlich herabdrückt. Leider huldige die Staatsregierung, resp. Pr.ußen, der größte Arbeitgeber, noch heute dem von dem verstorbenen Staatsminister Camphausen ausgesprochenen Satze: „Die Industrie müsse wohlfeiler produziren“, obgleich nicht bloß die Miethen gestiegen, sondern auch die nennbehrlichen Lebensmittel durch tolle vertheuert worden sind. Die Schutzzölner folgen dem erwähnten Satze, trotzdem sie den Arbeitern Lohnerhöhungen zugesagt haben. Bedauerlicherweise ist durch den Streik-Erlaß des Ministers von Büttner das friedliche Mittel zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen, die Koalitionsfreiheit, dieses Fundamentalrecht des Arbeiterstandes, dem Arbeiter fast aus der Hand gewunden worden. So muß man nach den Aeußerungen des genannten Ministers im Reichstage fast fürchten, daß die gänzliche Beseitigung des Koalitionsrechts geplant wird, der härteste Schlag, der die Arbeiter treffen könnte. Wichtig ist, daß der Streik ein zweischneidiges Schwert und möglichst zu vermeiden sei. Wollten die Arbeitgeber den dauernden Frieden zwischen

Kapital und Arbeit, so müßten sie der Errichtung von Einigungsämtern beipflichten, welche allen Lohnstreitigkeiten und den Streiks ein Ende machen. (Lebhafter Beifall.) Die folgende, vom Referenten vorgeschlagene Resolution findet einstimmige Annahme: „Der Verbandstag erklärt: Die Lohnbewegung ist im Allgemeinen berechtigt, da die heutigen Lohnsätze größtentheils nicht ausreichen zum kräftigen Unterhalt des Arbeiters und seiner Familie mit Einschluß der Versicherung gegen jede Art von Arbeitsunfähigkeit, sowie der nöthigen Erholung und Bildung. Sofern sich die Lohnbewegung in gesetzlichen Schranken hält, sind alle gegen die Koalitionsfreiheit gerichteten Bestrebungen mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen und zu verurtheilen. Zur Beseitigung der aus den Lohnbewegungen resultirenden Streiks werden Einigungsämter in Verbindung mit den Berufsorganisationen empfohlen.“

Sodann ging die Versammlung zur Berathung der inneren Angelegenheiten über. Die wichtigeren Beschlüsse finden die Leser weiter unten.

Bur Lage der Porzellanmaler.

(Fortsetzung.)

Auf das obige „Eingefandt“ ging der Redaktion dann folgende Auslassung zu:

Nachdem in letzter Zeit zu wiederholten Malen öffentlich über die Nothlage der Porzellanmaler geschrieben worden ist, ohne daß dadurch für die Maler eine Besserung ihrer pekuniären Lage oder irgend ein anderer praktischer Nutzen erzielt worden wäre, dürfte es aus Zweckmäßigkeitsrückichten gerathen sein, dieses Thema, wenigstens vorläufig, wieder zu verlassen, zumal, so unglaublich diese Behauptung für den unparteiischen Beurtheiler klingen mag, die Erörterung desselben gar nicht einmal in den Wünschen der Mehrzahl der Maler liegt. Es ist Thatsache daß sich viele der Maler geradezu beleidigt fühlen, wenn man ihre derzeitigen mißlichen Verhältnisse immer und immer wieder an das Licht der Öffentlichkeit zieht. *) Wenn Eingefander trotzdem noch einmal auf die Angelegenheit zu sprechen kommt, so geschieht es, um einzelne Punkte des „Eingefandt“ in Nr. 35 d. Bl. zu beleuchten.

Dem Herrn Verfasser desselben ist zunächst darin vollständig Recht zu geben, daß durchaus nicht den Arbeitgeber allein die Schuld für die aufgetretenen Uebelstände trifft, sondern daß dieselbe hauptsächlich in der vorhandenen Konkurrenz zu suchen ist. Die Konkurrenz ist nun aber einmal auf allen Gebieten des gewerblichen und kommerziellen Lebens vorhanden und läßt sich nicht ohne Weiteres durch bloße Vereinigung der Arbeitgeber aus der Welt schaffen. Es ist deshalb im Interesse der Fabrikbesitzer vielleicht zu bedauern, aber auch wieder sehr begreiflich, daß der von Seiten einiger Fabrikanten angestrebte Preisausschlag von 5—10 Prozent auf die Dauer sich nicht durchführen ließ. Selbst wenn dies aber auch der Fall gewesen wäre, so hätte ein solcher Preisausschlag für das Arbeiterpersonal und speziell für die Maler absolut keinen Werth, so lange die letzteren nicht bemüht und nicht im Stande sind, ihren eigenen Vortheil auch unabhängig von dem der Arbeitgeber zu erwägen und wahrzunehmen.

Nicht die Gleichgiltigkeit oder Uneinigkeit der Arbeitgeber schafft in der Porzellanindustrie die sogen. Schmutzkonkurrenz, sondern vielmehr der alte Schlandrian, welcher unter dem Arbeiterpersonal noch herrscht, daß Jeder seine Arbeitskraft um den ersten besten Preis wegwirft, unbekümmert darum, daß er dadurch einmal selbst nur das zum Leben unbedingt Nothwendigste erwirbt, zum anderen aber auch seinem Stande und mittelbar den Arbeitgebern schweren Schaden zufügt. Der gewissenlose und harteherzige Arbeitgeber mißt die billigen Arbeitskräfte bis auf das Neueste aus und zwingt schließlich auch den wohlwollenden dazu, das Gleiche zu thun, und so entsteht beim Fabrikanten wie beim Arbeiter ein immer mehr sich steigendes Drücken und Gedrücktwerden. Es giebt Fabriken, wo bei Arbeiten nach neuen Mustern der Maler gar nicht mehr gefragt wird, welchen Preis er pro Stück oder Duzend beanspruchen müsse, um einen gewissen, ausreichenden Normalverdienst zu erreichen. Er bekommt eben des Samt-abends einen beliebig bemessenen Lohnbetrag aus, „ahlt, über das „Wieviel“ hat er kein Wort zu verlieren.

Es ist schon an anderer Stelle auf den Verband der Buchdrucker hingewiesen worden, ich muß desselben aber auch hier noch einmal Erwähnung thun, um denselben als Muster einer Einrichtung, durch welche auch dem Porzellanmalerstande geholfen werden könnte, hinzustellen. Auch die Buchdrucker haben durch ihre Organisation das Eldorado aller berechtigten Wünsche noch nicht erreicht, aber sie haben für ihre Bestrebungen doch einen festen Boden gewonnen, und das ist dadurch erreicht, daß dieselben ihre Satzungen im Einverständnis mit ihren Prinzipalen festgestellt haben, wodurch beiden Theilen geholfen wurde. Nur durch eine feste Gehilfen- und Arbeiter-Organisation können die Arbeitgeber über die Klippe einer schmutzigen Konkurrenz hinwegkommen. Warum denken die Maler nicht an eine ähnliche Organisation?

Nun nur noch einige Worte, welche den Schluß des erwähnten

*) Dieser Aufs. ung haben wir bereits vor einiger Zeit durch den Mund eines unserer Korrespondenten Ausdruck gegeben, indem wir einen Bericht des letzteren aufnahmen, wonach Porzellanmaler lieber zu hohe Steuern bezahlen, als sich durch eine Restriktion nach ihrer Ansicht kompromittirt zu haben. Num. d. Heb. d. „Wald. Wochenb.“

„Gingefandt“ betreffen. Die unzulängliche Vorbildung der meisten neu eintretenden Lehrlinge muß ohne Weiteres gegeben werden, aber sie ist größtentheils eine Folge davon, daß die meisten Arbeitgeber überhaupt keine Ansprüche an irgend eine Fachvorbildung stellen. Malerlehrlinge sind eben sehr gesucht, wer sich als Lehrling meldet, wird eben angenommen, und mit verschwindenden ehrenwerthen Ausnahmen bekümmert sich der Prinzipal keinen Pfifferling darum, ob der Knabe überhaupt die unerläßlichen Bedingungen in die Lehre mit sich bringt, um in dem gewählten Fache je etwas leisten zu können. Dazu kommt, daß in den meisten Fällen die Lehrlinge Kinder armer Eltern sind und nicht, wie in dem „Gingefandt“ behauptet war, sofort etwas verdienen wollen, sondern welche sofort etwas verdienen müssen, weil ihre Eltern sie eben nur deshalb Porzellanmaler werden lassen, um des Verdienstes, welchen ihre Knaben nach den in der Branche einmal üblichen Gepflogenheiten schon in der Lehrzeit erhalten, theilhaftig zu werden. Auch sorgen die Prinzipale, wie gegeben werden muß, in der Lehrzeit selbst oft nicht für die genügende Fachausbildung der Lehrlinge, sodas auch hin und wieder aus einem sonst talentvollen Jünglinge nichts werden kann. In manchen, besonders Privatmalereien giebt man einem Maler, welcher übrigens auch noch nebenbei im Stücklohn arbeitet, eine wöchentliche Entschädigung von einigen Pfennigen und den Titel „Obermaler“ dafür, daß er die Malerei leitet und so nebenbei ein Duzend und noch mehr Lehrlinge ausbildet. Was bei einer solchen „Ausbildung“ herauskommt, kann man sich denken. Gewöhnlich hat der Obermaler nur eben soviel Zeit, um den Lehrlingen zu zeigen, wie man den Pinsel ansaßt, oberflächlich auch wie man die Farbe behandelt, um das Uebrige mag sich jeder Lehrling selbst kümmern. Der Bursche geht täglich an seinen Plak und malt immer wieder nach denselben Mustern, für welche diese Bezeichnung oft gar nicht angebracht ist. Wenn dann nach fünf oder sechs Jahren der „Maler“ fertig ist, so wird sein Können, besonders was die schöpferische Gestaltungskraft anbetrifft, allerdings nicht groß sein, aber ausreichen, um ihn für die Herstellung von Massen-Schund-Schmierereien, denn anders kann man die Duzendfabrikate mancher Konkurrenzmanufakturen nicht bezeichnen, zu befähigen.

Weil aber nun ohne Beschränkung seitens der Fabrik Maler in der angeedeuteten Weise „ausgebildet“ werden, so tritt durch den Ueberfluß an Arbeitskräften bald auch an den besseren Maler die Nothwendigkeit heran, Arbeiten zu übernehmen, welche mit seiner Leistungsfähigkeit im unehrlichen Verhältnisse stehen. Wenn der Herr Verfasser des „Gingefandt“ zuletzt behauptet, daß Mittelmäßigkeiten selbst daran die Schuld trügen, wenn sie zu Grunde gingen, so entsteht doch nach dem oben Angeführten in verschiedenen Fällen die gewiß berechtigte Frage: „Wer trägt die Schuld daran, daß diese oder jene Mittelmäßigkeit zu dem geworden ist, was sie ist? Nicht vielleicht mehr die verwerfliche Ausbildungsmethode, der sich der Betreffende unterwerfen mußte, als seine eigene Talentlosigkeit oder Trägheit?“ Schließlich arbeitet doch auch kein Stand nur mit Kapazitäten, die Mittelmäßigkeit bildet die Regel, und es wird ja gerade als ein Vorzug unserer jetzigen Zeitrichtung hingestellt, daß dieselbe allenthalben bemüht ist, auch der geringen Arbeitskraft ein bescheidenes Unterkommen zu sichern und dieselbe in dem allgemeinen Ringen um das Dasein nicht untergehen zu lassen.

Einsender meint, daß wir mit Klagen und gegenseitigen Beschuldigungen aus der gegenwärtigen Misere nicht herauskommen. Nur verständnisvolles, vom gegenseitigen Vertrauen getragenes Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter kann einen Industriezweig wieder zur Blüthe bringen, welcher gerade in unserer Gegend seit langen Jahren Tausenden von Personen ein auskömmliches Brot gewährt hat.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Nachrichten.

** Aus den wichtigeren inneren Beschlüssen, welche der 9. ordentliche Verbandstag zu Halle a. S. gefaßt, heben wir nach den uns zugegangenen Mittheilungen die folgenden hervor:

1. Sämmtliche Anträge auf Schwächung des Verbandes wurden abgelehnt.
2. Die Arbeitsstatistik ist alle Jahre aufzustellen.
3. Den Ortsvereinen werden die Verbandstagsprotokolle unentgeltlich zugestellt.
4. Vertretung auf den Verbandstagen. Zusammenlegung der Gewerbevereine von 500-1000 Mitglieder = 1, von 1000 bis 2000 Mitglieder = 2 Abgeordnete u. unter Berücksichtigung der Wünsche der betreffenden Gewerbevereine. Die bisherigen Gewerbevereine behalten ihre Vertretung bei. (Dieser Punkt ist unklar. Die Red.)
5. Vertretung im Centralrath. 1000 Mitglieder 1 Abgeordneter, 1-3000 Mitglieder voll 2 Abgeordnete, jede weiteren 3000 Mitglieder 1 Abgeordneter. (Danach haben wir, da wir nicht 3000 Mitglieder voll zählen, nur 1 Vertreter, und besteht der Centralrath einstweilen nur aus 22 Mitgliedern.)
6. Die Stellung des Amaltes bleibt unverändert.
7. Die Verbands-Agitationssteuer wurde beseitigt. Die Agitation wird von der Verbandsklasse bestritten.
8. Die Kosten dieses Verbandstages trägt die Verbandsklasse.

9. 10 000 Mark sind aus der Agitationsklasse (Z) der Verbandsklasse zu überweisen. (Wohl unangelehnt. Die Red.)
10. Das Verbandsorgan bleibt unverändert.
11. Die Wählbarkeit der Verbandsbeamten wurde wieder abgelehnt.

Personal-Nachrichten.

Dresden, 18. Juni 1886. Die in unserem Verband vorgenommene Abstimmung wegen Verschmelzung der Verbände „Dresden“ und „Klösterle“ und wegen der Erhöhung der Entschädigung für den Vorort von 1 pCt. auf 3 pCt. ergab folgendes Resultat:

	Ver- schmelzung		Er- höhung			Ver- schmelzung		Er- höhung	
	Stimm- zahl	Stimm- procent	Stimm- zahl	Stimm- procent		Stimm- zahl	Stimm- procent	Stimm- zahl	Stimm- procent
Altwasser	8	130	138	—	Margarthenhütte	3	—	3	—
Annaburg	17	—	17	—	Nischendorf	1	4	5	—
Altona	2	—	2	—	Neuhaldensleben	—	—	—	—
Berlin (Verband)	111	8	116	—	(Dübbe)	—	—	—	—
Bonn-Poppelsdorf	22	2	24	—	Neuhaldensleben	—	—	—	—
Blankenhain (Zasolt u. Cichel)	—	27	27	—	(Nfrect)	14	—	14	—
Blankenhain (Kunze)	—	6	6	—	Nauenndorf	2	10	12	—
Budau	7	4	11	—	Nimphenburg	—	6	6	—
Golditz (Thomab. u. Hermann)	—	31	—	31*	Oberhausen	15	16	30	—
Golditz (Zschau)	—	8	8	—	Obercassel m. Düssel- dorf	3	15	19	—
Dresden	109	18	enthalten	—	Ohrdruff (Kästner u. Klingisch)	1	28	29	—
Eisenberg (Reinede)	15	8	23	—	Ohrdruff (W. u. Pröschold)	9	9	18	—
Elgersburg	—	7	7	—	Ostlau	—	6	6	—
Frankf. a. D. (Patsch do. (Matthschab))	26	—	26	—	Plau	20	50	13	17*
Fraureuth	24	7	19	8.4*	Passau	7	1	8	2
Fürstenberg	3	24	—	27*	Rudolstadt (Strub) do. (Zusall)	15	27	42	—
Freitwaldau	10	2	12	—	Regensburg	20	—	20	—
Gotha (Verband)	9	9	18	—	Reichenstein	14	—	14*	—
Gera-Untermhaus	2	18	20	—	Rönnne	18	—	18	—
Gräfenhain	4	22	18	3	Schauberg	3	11	14	—
Grenzhausen (Wier do. (Merkelbach))	9	—	9	—	Sörgau	—	22	21	—
Gräfenroda	3	4	7	—	Suhl (R. Schlegel- milch)	—	51	51	—
Günthersfeld	—	12	—	12*	Suhl (E. Schlegel- milch)	3	26	40	—
Groß-Begeßack	19	1	20	—	Schleisingen (Dreh- do. (Formen)	16	1	17	—
Großbrettenbach (Bühl u. Söhne)	—	31	—	31	Sizendorf	19	12	1	30*
Großbrettenbach (Ul- brich)	—	—	—	—	Sophienau	4	17	21	—
Gräfenhain	—	10	10	—	Schönwald	1	6	7	—
Hüttensteinach (Schönau)	19	26	—	45	Schönewitz	—	4	4	—
Hüttensteinach (Swaine a. Sons)	22	—	16	6	Tettau	—	27	27	—
Höhr (Marri und Remy)	12	—	13	—	Tirschenreuth	21	—	21*	—
Höhr (Hante)	8	—	5	3*	Tiefenfurt (Aktien- do. (Stein- mann)	7	15	22	—
Ilmenau	3	54	34	23	Lambach	4	—	4	—
Kopenhagen (Rgl. do. (Verband))	31	—	31	—	Laudenbach	6	11	17	—
do. (Wien)	10	—	10	—	Mühlstadt	—	16	—	16*
Rapphütte	—	63	—	63	Unterweißbach	1	9	4	6
Rönitzsch	4	46	46	—	Ullersdorf	—	—	—	—
Kloster-Beilsdorf	31	5	34	2	Unterkößig	5	—	5	—
Kronach	—	—	—	—	Vordamm-Driesen	—	23	23	—
Kall	12	1	13	—	Waldenburg	17	92	106	3
Lichte	—	23	23	—	Weiden	8	7	15	1
Manebach	8	5	6	7	Weingarten	1	7	9	—
					Waldjassen	2	4	5	1

An der Abstimmung beteiligten sich 2087 Mitglieder. Für die Vereinigung stimmten 826, dagegen 1211. Dieselbe ist demnach abgelehnt. In Folge dessen ist nur an Kollegen, welche sich als Mitglieder unseres Verbandes legitimieren, Unterstützung zu zahlen. Für die Erhöhung von 1 pCt. auf 3 pCt. stimmten 1476, dagegen 213, während die mit * bezeichneten 175 Kollegen für 2 pCt. stimmten.

Die Herren Vorstände werden um pünktliche Einendung der Fremdenlisten (1. Juli) ersucht!

Mit kollegialischem Gruß
der Vorort Dresden.

Carl Lorenz,
Vorstandender.

D. Zieger,
Schriftführer.

Laudenbach, den 12. Juni 1886. Das unterzeichnete Personal giebt hierdurch bekannt, daß es den Maler A. Nischky aus Reichmannsdorf, der i. Jt. während des Streiks bei Strauß u. Sons in Rudolstadt in Arbeit trat, nicht in seine Mitte aufgenommen hat. Das Malerpersonal der Porzellanfabrik von G. Moritz.
J. A. Rob. Unger.

Berlin, den 22. Juni 1886. Unterzeichnetes Personal giebt hiermit bekannt, daß es nach Auflösung der Centralstelle für Reiseunterstützung 60 M. an reisende Kollegen zahlt.
Maler-Personal von G. Lunde. St. Frankfurterstr. 69.
J. A. C. Zieger.

Vereins-Nachrichten.

§ Schmiedefeld. Ortsversammlung vom 12. Mai 1886. Dieselbe wurde um 9 Uhr durch den Vorsitzenden Herrn Gutschalk eröffnet. Zu Punkt 1 liest der Vorsitzende die in Nr. 17 der „Ameise“ geplante Unterstützung bei Arbeitslosigkeit vor. Die Erhöhung der Beiträge auf pro Mitglied 15 Pf. die Woche rief eine lebhafte Debatte hervor und wurde schließlich dieser Vorlage*) von der Versammlung nicht beigegeben. Bei Punkt 2 führen die vom Brande betroffenen Mitglieder der Porzellanfabrik Glaser & Greiner Beschwerde, daß der Generalrath bei dem Beschlusse über das Unterstützungsgesuch den geringen Nebenerwerb mit in Betracht gezogen hat. Die Mitglieder stellen den Antrag, ein zweites Gesuch an den Generalrath zu richten, falls diesem nicht entsprochen wird, erklären dieselben aus dem Gewerkeverein auszutreten. Diese sowie alle Mitglieder steuern nicht umsonst, sondern um in Nothfällen auch eine Unterstützung zu erhalten.**) Bei Punkt 3 beantragt der Kassirer, auf Kosten der Ortskasse einen Hektographen anzuschaffen, was von der Versammlung für notwendig anerkannt wird. Nachdem noch mehrere aus dem Organ vorgelesen wird, schließt der Vorsitzende die Versammlung um 11 Uhr. **Gust. Otto, Schriftführer.**

§ Waldburg. Ortsversammlung vom 8. Mai 1886. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Herrn Menzel, bei Anwesenheit von 29 Mitgliedern eröffnet und das Protokoll von voriger Versammlung vorgelesen. Im Geschäftlichen lag nichts vor, es erfolgte deshalb Kassenbericht für das 1. Quartal. Ortskasse: Einnahme inkl. Bestand 110,85 Mk., Ausgabe 100,13 Mk., bleibt Bestand 10,72 Mk. 30 Mk. sind in der Kreisparasse angelegt. Einnahme der Kranken- und Begräbniskasse inkl. Bestand 187,81 Mk., Ausgabe 191,03 Mk., Mehrausgabe 3,22 Mk. In der städtischen Sparkasse angelegt 214,31 Mk. Zuschußkasse: Einnahme inkl. Bestand 619,15 Mk., Ausgabe 423,84 Mk., bleibt Bestand 195,31 Mk. Bildungsfonds: Einnahme 35,20 Mk., Ausgabe 12 Mk., bleibt Bestand 23,20 Mk. Die Mitgliederzahl des Gewerkevereins beträgt 72. Davon sind 24 Mitglieder der Kranken- und Begräbniskasse und 48 Mitglieder der Zuschußkasse. Die Revision ist erfolgt und alles in bester Ordnung befunden worden; dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Darauf folgte Schluß der Versammlung. **Julius Vertitschke, Schriftführer.**

§ Berlin (Ortsverein der Porzellan- und Glasmaler). Protokoll-Auszug vom 7. Juni 1886. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Ankauf eines Werkes (Monogramme von Gerlach) zum Preise von 35 Mk. beschlossen. — Hr. Trautloff giebt bekannt, daß Hr. Horst den Restbestand des früheren Ortsvereins dem Verein bezw. dessen Bildungsfonds gegen Quittung zur Verfügung stellt. Der Bestand beträgt 23 Mk. — Ebenso giebt Hr. Danter bekannt, daß von der vor kurzem aufgelösten Zentralkasse für Reiseunterstützung ein Restbestand von 39 Mk. übrig geblieben, welcher laut Beschluß der letzten Versammlung der Reisezahlenden ebenfalls dem Bildungsfonds unseres Vereins überwiesen wird. — Auf der Tagesordnung steht sodann die Berathung über die Vorlage betr. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Zur Einleitung wird die in Nr. 22 d. Bl. aufgestellte Wahrscheinlichkeitsberechnung vorgelesen. Nachdem verschiedene Herren die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit dieser Sache anerkannt, werden die vom Generalrath vorgelegten Statuten vorgelesen und über die einzelnen Paragraphen diskutiert. Bei § 2 entpinnst sich eine lebhafte Debatte und werden verschiedene Abänderungsanträge eingebracht, von welchen der folgende von der Versammlung angenommen wird und dem Generalrath zur Berücksichtigung überwiesen werden soll: „Die dreijährige Karenzzeit kann auf 1 Jahr abgekürzt werden, wenn in den ersten 3/4 Jahren die Beiträge für 2 1/4 Jahre bezahlt werden. Wodann tritt der Anspruch nach Ablauf eines Jahres ein.“ Zu dem besonderen Antrag 4 wird folgender Antrag eingebracht, von der Versammlung angenommen und dem Generalrath unterbreitet: „Der § 46 des Gewerkevereins-Statuts wird dahin abgeändert, daß zur sachlichen Ausbildung der Mitglieder wie bisher 10 pCt. der Einnahme und zur allgemeinen Bildung bloß 3 pCt. abgefordert werden.“ — Angemeldet Hr. Hoffmann, abgemeldet Hr. Kirchner. **R. Jahn, Schriftführer.**

§ Berlin, 12. Juni 1886. Obgleich wir die Bedeutung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht unterschätzen, sind wir doch der Ansicht, daß derartige Einrichtungen nicht zwangsweise eingeführt werden dürfen, und um so mehr dann nicht, wenn die neuen Einrichtungen die Erhöhung der Beiträge zum Gewerkeverein zur Folge haben. Die aufgestellte Wahrscheinlichkeitsberechnung beruhigt uns keineswegs, daß der jetzt geforderte Mehrbeitrag von 5 Pf. ausreichend für die Bedürfnisse der neuen Einrichtung sein wird, da schon von Anfang an bedeutende Zuschüsse von den bisher gezahlten Beiträgen, die weder einen nennenswerthen Ueberschuß gewährten, noch in ungebührlicher oder verschwenderischer Weise verwendet wurden, geleistet werden müssen. — Wir werden zur Zeit nicht, wie der Generalrath in Nr. 21 der „Ameise“ es wünschte, über die „Grundsätze“ an denen wir manches anzusehen hätten, uns aussprechen, sondern uns darauf beschränken, das Unternehmen für jetzt nicht zu unterstützen und event. dasselbe bekämpfen. — Die Ausführung einer obligatorischen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit halten wir nur für angebracht, wenn dieselbe aus vorhandenen Mitteln zur Durchführung gelangen kann. — Unter allen Umständen glauben wir fordern zu dürfen, daß einer prinzipiellen Entscheidung der Mitglieder eine Diskussion der Ausführungsbestimmungen vorangehen müsse. Wir wollen hierzu die Anregung gegeben haben. **Der Ortsverein Berlin I.**

Anmerkung zu obigem Artikel. Wie der Ortsverein Berlin I von einer „zwangsweisen“ Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung sprechen kann, erscheint unbegreiflich. Der Ortsverein sollte doch wissen, daß die Einführung nur dann erfolgen wird, wenn die Mehrzahl unserer Mitglieder sich bei der allgemeinen Abstimmung dafür erklärt. Dies ist eine durchaus demokratische Form der Einführung, kein Zwang! Man sollte also solche gar nicht zutreffende Einwendungen nicht erheben. Ob die 5 Pf. Mehrbeitrag stets ausreichen werden, kann natürlich auch der Generalrath nicht sagen, ebensowenig liegt aber ein Grund zur gegentheiligen Annahme vor. Auch

*) Die Vorlage war ja in Nr. 17 der „Ameise“ noch gar nicht veröffentlicht! Wie konnte man also darüber ein Urtheil abgeben? Zunächst muß man doch eine Sache kennen, ehe man den Stab darüber bricht! Das war hier aber nicht der Fall.

) Wird auch stets gewährt, soweit sie durch das Statut begründet ist. **Die Red.

sind die Ansichten der Ortsvereine hierin durchaus verschieden. Eine uns noch vorliegende Zeitschrift hält dafür, daß die Erhöhung gar nicht notwendig ist; Berlin I hält die Erhöhung wiederum nicht einmal für ausreichend! Der Generalrath wird also wohl das Nichtigste getroffen haben mit der an sich sehr geringen Erhöhung, die der hohen Wichtigkeit der Arbeitslosen-Unterstützung gegenüber wahrlich nicht in Betracht kommen darf. Dies werden unsere Vereine hoffentlich berücksichtigen. **Georg Lenß.**

Amflicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommenen und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Aufgenommene Mitglieder.

1) In den **Gewerkeverein** und die **Kranken- und Begräbniskasse** wurden aufgenommen:

a) unter dem 17. April 1886:

Frankfurt a. O.: M. Korn.

b) unter dem 19. Juni 1886:

Eisenberg: J. Friedmann; Altwasser: A. Richter.

c) Von der **15 Mark-** in die **10 Mark-Stufe** ist übergetreten:

Altwasser: R. Bogel.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus **Gewerkeverein** und **Kranken- und Begräbniskasse**:
Untermhaus: A. Körner, Schrole, Tranberg, Jacobi; Meißen: Wagner; Boffzen: F. Ohm, E. Böker, Hansmann, A. Böker; Langsdorf: J. Müller; Altwasser: Ernst.

2) Aus **Gewerkeverein** und **Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse**:

Boffzen: F. Knop; Altwasser: Krusch; Tiefenfurt: R. Hoffmann.

3) Aus der **Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse**:

Moabit: Munske, Will.

4) Aus dem **Gewerkeverein**:

Breslau: D. Fischer, W. Wagner; Pösnick: Ehrhard.

Der Generalrath und Vorstand.

Gust. Lenß I,
Vorsitzender.

A. Münchow,
Hauptkassirer.

Georg Lenß,
Hauptschriftführer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* **Frauenthal.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 26. Juni, Abends 8 Uhr in „Gasthof zu den 3 Kronen“. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. **Anton Hen, Schriftführer.**

* **Reinhaldensleben.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 26. Juni, Abends 8 Uhr in der „Guten Quelle“. 1. Kassenbericht. 2. Besprechung über die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. 3. Wahl eines Kassirers. 4. Besprechung über ein Sommerfest. 5. Anträge und Beschwerden. — Hierauf Versammlung der Krankenkasse. Tagesordnung dieselbe (außer Punkt 2 und 4). Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. **A. Meier, Schriftführer.**

* **Berlin.** (Ortsverein der Porzellan- u. Glasmaler.) Am **Montag**, den 28. d. M., Abends 8 Uhr findet im Vereinslokal Ausschußsitzung statt. **R. Jahn, Schriftführer.**

* **Stülerbach.** Ortsversammlung am **Montag**, den 28. Juni, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. 1. Quartalsabschluss. 2. Verschiedenes. **Gust. Kahl, Schriftführer.**

* **Pösnick.** Ortsversammlung am **Donnerstag**, den 1. Juli, in Kuchenbäckers Restaurant. **Rich. Franke, Schriftführer.**

* **Bonn-Poppelsdorf.** Ortsversammlung am 3. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. 1. Zahlen der Beiträge, Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. 2. Vorlesung der Durchschnittsverdienste und Uebersicherung. 3. Die Vorlage der Arbeitslosenunterstützung. 4. Anträge, Beschwerden und Verschiedenes. **W. Dankhoff, stellv. Schriftführer.**

* **Schreiberhan.** Ortsversammlung am **Sonntag**, den 4. Juli, Abends 6 Uhr im Gasthofe des Herrn Kuhn (Mittelbors). Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. **E. Kauthe, Schriftführer.**

Sterbetafel.

Schmiedefeld. Ernst Morgenbrod, Glaschreiber, geb. den 5. Februar 1866, gest. den 8. Juni 1886 an Lungen- und Hautentzündung. Letzte Krankheitsdauer 8 Wochen. Mitglied der Gewerkevereins- und Krankenkasse.

Anzeigen.

Über 500 Illustrationstafeln und Kartenbeilagen.
Soeben erscheint in gänzlich neuer Bearbeitung

MEYERS
KONVERSATIONS-LEXIKON
VIERTE AUFLAGE

Bibliographisches Institut in Leipzig.

258 Hefte à 50 Pfennig. — 16 Halbranzhände à 10 Mark.

Kolzig Aquarillstahl. 8000 Abbildungen im Text.